

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 164 (1998)
Heft: 5

Artikel: Unsere Armee im Spannungsfeld der Politik
Autor: Hess, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-65316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

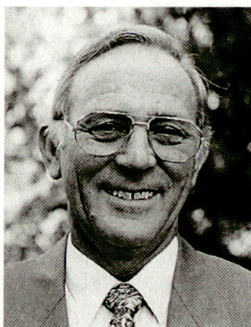
Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsere Armee im Spannungsfeld der Politik

Otto Hess

An seinem Vortrag, gehalten an der Diplomfeier der militärischen Führungsschule im November 1997, beleuchtet der Referent in seinen Betrachtungen unsere gegenwärtige militärpolitische Situation aus Sicht des eidgenössischen Parlamentariers. Er verurteilt die verschiedenen, zum Teil bereits beschlossenen Winkelzüge zur Lösung von allgemeinen Finanzproblemen zu Lasten des VBS. In seinen Schlussfolgerungen fordert er eine rasche Neukonzeption mit klaren Vorgaben und Aufträgen an die Armee, um die momentan weit verbreitete Verunsicherung endlich zu beenden. (Fy.)



Otto Hess,
Nationalrat, SVP,
Diplomierter Landwirt,
9325 Roggwil, TG.

Die Ausbildung nimmt in der neuen Armee 95 einen ganz besonderen Stellenwert ein. Selbst alle Kritiker unserer Armee und ihrer Institutionen sind sich über alle Parteien hinweg einig, dass in der künftigen Armee, gleichgültig wie sie ausgestaltet sein wird, die Ausbildung einen noch grösseren Stellenwert einnehmen wird als sie ohnehin schon hat.

Die Erkenntnis der Wichtigkeit der Ausbildung hat sich aus folgenden Gründen durchgesetzt:

- weil die Waffensysteme immer komplexer werden
- weil im Rahmen der Armee 95 die Dienstzeit verkürzt worden ist
- weil die Ansprüche der heutigen Gesellschaft und damit auch der AdA ganz andere geworden sind, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war
- weil die dissuasive Wirkung unserer Armee nur dann in optimaler Form erreicht werden kann, wenn wir über eine glaubwürdige Armee verfügen, die im Ernstfall die an sie gestellten Erwartungen auch erfüllen könnte
- weil wir mit den Finanzen sparsam umgehen und in der Ausbildung ein maximales Kosten-Nutzen-Verhältnis erreichen müssen.

Mit dem neuen Militärgesetz wurde der Auftrag der Armee erstmals in unserer Geschichte gesetzlich verankert, so dass sich das Parlament auch zu den wichtigen Fragen äussern konnte und in Zukunft auch kann, welchen Auftrag die Armee zu erfüllen hat, was sie in Zukunft tun soll und was eben nicht.

Am Zweckartikel hat sich das Parlament unter anderem zu orientieren, wenn sie die Vorlagen des EMD berät oder Vorstösse von Parlamentariern behandelt! Die traditionellen Hauptaufgaben, die Kriegsverhinderung durch Abhaltung und durch die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Verteidigungsarmee, die im Ernstfall Land und Volk verteidigt, bleiben bestehen.

Neu sind der Armee zusätzliche Aufgaben übertragen worden. Sie sind im neuen Militärgesetz mit den subsi-

diären Einsätzen zugunsten der zivilen Behörden umschrieben.

Die Risikoanalysen zeigen, dass künftige Bedrohungsformen vermehrt unterhalb der Kriegsschwelle sein werden. Es ist deshalb richtig, dass die Armee die zivilen Behörden zur **Bewältigung solcher Krisensituationen** unterstützt.

Schon bisher hat die Armee solche Aufgaben übernommen, neu ist, dass solche Einsätze nun gesetzlich geregelt sind.

Die Ausweitung des Armeeauftrages auf den **Friedensförderungsdienst** gehört ebenfalls zum neuen Aufgabenbereich der Armee. Nach der Devise «Sicherheit beginnt nicht erst an der Landesgrenze» wurde dieser Friedensförderungsdienst geschaffen.

Auch wenn das Schweizervolk seinerzeit die Blauhelmvorlage abgelehnt hat, stehen uns trotzdem Möglichkeiten offen, um in Europa Zeichen schweizerischer Solidarität zu setzen und Beiträge zur Friedensförderung zu leisten. Blaumützen in verschiedenen Ländern der Welt und Gelbmützen in Sarajevo und Mostar sind ein gutes Beispiel hierfür.

Der Spardruck wächst

Der Druck, beim Militär zu sparen, wird jedoch zunehmend grösser. Seit der Wende 89/90 wiegen sich viele Politiker in einer immer grösseren Sicherheit und glauben, dass das EMD-Budget auf absolute Sparflamme gedrosselt werden kann, ohne dass nur das Geringste passiert. Die langen Vorwarnzeiten, die grosse Arbeitslosigkeit und die Defizite bei den Sozialwerken tragen das Ihre dazu bei, dass der Spardruck im Bereich Landesverteidigung immer grösser wird.

Waren es bis heute Personen aus dem links-grünen Lager, die die EMD-Ausgaben drastisch reduzieren wollen, so sind es in zunehmendem Mass **auch bürgerliche Politiker, die beim Militär zusätzliches Sparpotential wittern.**

Auch die sogenannte Umverteilungsinitiative, die letzten Frühling eingereicht wurde, schlägt in die gleiche Kerbe.

Zwar wurden alle diesbezüglichen Anstrengungen zur Schwächung oder Abschaffung der Armee, die in den letzten zehn Jahren vor allem über Initiativen unternommen wurden, vom Schweizervolk deutlich abgelehnt. Trotzdem wird mit neuen Anläufen kontinuierlich versucht, unsere Armee zu schwächen oder gar auf diesem Weg längerfristig abzuschaffen. Jene, die sie abschaffen wollen, machen mir weni-

ger Sorgen, weil ich überzeugt bin, dass die Mehrheit des Schweizervolkes zur Armee steht. Sorgen bereiten mir vielmehr jene, die sich in einer zu grossen Sicherheit wiegen und deshalb unsere Landesverteidigung in bezug auf Grösse und Kampfkraft auf ein absolutes Minimum herunterfahren wollen.

Gefährliche Referendumsinitiative

Die parlamentarische Initiative Chiffelle verlangt, dass Rüstungsvorhaben, die den Betrag von 200 Millionen Franken übersteigen, dem **fakultativen Referendum** unterstellt werden.

Auch wenn dieser Initiative in der Kommission keine Folge gegeben wurde und sie wie die Umverteilungsinitiative auch im Parlament keine Chance haben wird, dürfen wir die ganze Tendenz, die sich anbahnt, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn das Volk auch bei Rüstungsausgaben über das Referendum mitreden kann, so ist das in Zeiten stark defizitärer Bundesfinanzen und gleichzeitig relativer Sicherheit eine schwere Hypothek.

Der im Dringlichkeitsverfahren beschlossene Kapitaltransfer im Umfang von 2,2 Mia. Franken von der Kasse der Erwerbsersatzordnung (EO) zur Invalidenversicherung (IV) ist als Zeichen dafür zu werten, dass vor allem das Militär erhalten muss, um die Finanzprobleme in den verschiedenen Sparten des Bundes zu lösen.

Immerhin hat ein Parlament, das auf dem Papier über eine bürgerliche Mehrheit verfügt, diesem Husarenstreich zugestimmt. Es würde nichts dagegen sprechen, dass überschüssige Finanzen von der EO zur IV transferriert werden, sofern die Leistungen der EO an die AdA in einem Umfang erbracht werden, der den heutigen Verhältnissen angepasst ist. Leider ist dies nicht der Fall.

Obwohl der NR im Juni 1995 einer parlamentarischen Initiative zugestimmt hat, mit dem Auftrag die Revision der EO an die Hand zu nehmen und der Bundesrat damals versprochen hat, die Vorlage werde innert Jahresfrist dem Parlament vorgelegt, ist nichts verbessert worden. Somit zweigt man Geld von der EO in die defizitäre Kasse der IV ab, bevor die dringend notwendigen Verbesserungen bei der EO getätigt sind, welche selbstverständlich mehr Geld beanspruchen. Man will also letztlich die Kosten der EO dem Budget des VBS anlasten.

Neues Konzept rasch vonnöten

In diesem Umfeld stellt sich unweigerlich die Frage, was in dieser labilen Situation zu tun ist, damit wir auch in Zukunft über eine Landesverteidigung verfügen, die uns als neutraler, unabhängiger Staat die notwendigen Sicherheiten zu bieten vermag.

Es braucht vor allem rasch ein neues Konzept, das Klarheit schafft über die Armee nach dem Jahr 2000. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist klar, dass die Armee im Umfang von 400'000 AdA nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Bereitschaft, Kredite für Militärausgaben zu sprechen, schwindet zunehmend, und zwar aus dem Bedenken heraus, mit weiteren Rüstungsbeschaffungen und Erstellen und Ausbau von Ausbildungsanlagen könnten entweder Präjudizien geschaffen werden für die künftige Konzeption der Armee oder gar Fehlinvestitionen getätigt werden. Beides können und dürfen wir uns nicht leisten.

Wenn das auf dem Bericht Brunner basierende Konzept auf dem Tisch liegt, kommt das Parlament zum Zug und wird aufgrund der sachlichen Vorgaben vor allem aus politischer Sicht beurteilen, ob es dieser Neukonzeption zustimmen kann.

Klare Vorgaben und Aufträge an die Armee sind dabei unabdingbar, damit die Führung weiss, was die Armee zu tun hat und was eben nicht.

Fatal wäre es, wenn eine solche Beurteilung nur aus der momentanen sicherheitspolitischen Lage heraus gemacht würde. Langfristiges Denken und Beurteilen ist absolute Voraussetzung.

Solange jedoch in Sachen Neutralität keine klaren Vorgaben auf dem Tisch liegen, entwickelt jeder Bürger in diesem Land sein eigenes Konzept über unsere künftige Sicherheitspolitik und die Armee im Jahr 200X. Das ist der beste Nährboden für eine totale Verunsicherung. Unsicherheit schadet in jedem Fall der heutigen und künftigen Armee.

Wir müssen uns auf jeden Fall am Auftrag orientieren, entsprechend ist die Bestandesgrösse der neuen Armee zu definieren, die Rüstung und die Ausbildung zu gestalten. Es wäre falsch, die

Armee 200X primär von der Bestandesgrösse oder einseitig von der Kostenseite anzugehen. Man muss sich auch im klaren darüber sein, dass eine kleine Armee bei gleichem Auftrag eine entsprechend bessere Bewaffnung haben muss.

In diesem Zusammenhang muss auch unser Milizsystem neu beurteilt werden. Es stellt sich die Frage: «Wie weit kann und soll bei einer kleineren Armee das Milizsystem und die allgemeine Dienstpflicht aufrecht erhalten werden, oder liegt die Lösung gar in einer Berufsmiliz? Es besteht gar kein Zweifel, das Milizsystem muss beibehalten werden, wobei innerhalb des Milizsystems eine höhere Professionalität angestrebt werden muss, um der kürzeren Dienstzeit und den steigenden Anforderungen der komplexeren Waffensysteme gerecht zu werden.


Sicherstellen von geeigneten Kadern

Eine fundamentale Frage ist die Sicherstellung von geeignetem Kader in genügender Zahl. Mit der Wirtschaft zusammen müssen Lösungen gefunden werden, bei denen die Wirtschaft wieder bereit ist, ihre besten Leute für die Armee freizustellen.

Die Kaderausbildung muss so attraktiv gestaltet werden, dass die Wirtschaft die Dienstzeit ihrer Kaderleute nicht als Verlustzeit, als Unkostenfaktor beurteilt, sondern zur Überzeugung gelangt, dass sie von dieser Aus- und Weiterbildung auch profitiert. Zudem müssen Mittel und Wege gefunden werden, damit die Offiziere früher als heute höhere Kommandoposten übernehmen können. Sie müssen aus der Wehrpflicht entlassen werden, solange sie noch in den besten Jahren ihres Lebens stehen und der Wirtschaft voll zur Verfügung stehen.

Im Zusammenhang mit der neuen Armee gibt es einige politisch heisse Fragen zu lösen, nämlich die, wieweit können und wollen wir mit ausländischen Staaten Bündnisse eingehen?

Je entspannter die Bedrohungslage, je mehr sich der Bürger in Sicherheit wiegt, um so mehr sind alle Kader und Instrukturen gefordert. ■



ARMEETAG
DI DA L' ARMADA
JOURNÉE D' ARMÉE
GIORNATA DELL' ESERCITO
FRAUENFELD 12./13.6.98

Sind Sie auch dabei, wenn die Schweizer Armee offen, aber auch publikumsnah und zeitgemäss über ihre Aufgaben informiert? Die nächste Gelegenheit ist der Armeetag 98 am 12. und 13. Juni in Frauenfeld.

Informationen zum Armeetag finden Sie im Internet:
<http://www.armeetag.ch>